

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Kultur am 10. Oktober 2012 im Konzilsaal der Universität Ernst-Moritz -Arndt**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18.07 Uhr**

**Ende: 22.26 Uhr**

#### **Anwesenheit**

Herr Behm

Herr Burmeister

Frau Duschek

Frau Dr. Fassbinder

Frau Heinrich

Herr Hauschild

i.V. für Herrn Jesse

Frau Kropidlowski

Frau Leddin

Herr Multhauf

Herr Schmidt

Frau Thonack

#### **Entschuldigt**

Frau Berger

Herr Petschaelis

#### **Verwaltung**

Herr Dembski

Frau Hauswald

Herr Kremer

#### **Gäste**

Herr Dr. Flieger, Universität

Herr Messerschmidt, Universität

Frau Meerkatz, OZ

Frau Günther, Abendgymnasium

Frau Kagel, IGS

Frau Darm, IGS

Frau Witt, Bildungs- und Kulturausschuss LK

Frau Metz, Kreiselternrat

Herr Kleemann, Montessori-Schule

Frau Harder

## **Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Wahl der/s Ausschussvorsitzenden
4. Bestätigung des Protokolls vom 29.08.12
5. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
6. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates
7. Kontrolle der Beschlüsse, Anregungen und Empfehlungen des Ausschusses
8. 20 Jahre Abendgymnasium Greifswald  
Einführung durch Frau Günther, Schulleiterin
9. Zusammenarbeit Universität Ernst-Moritz-Arndt  
mit der Hansestadt Greifswald
- 9.1. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 9.2. Wiedereinführung der Umzugshilfe für Auszubildende und Studenten 05/874  
*SPD-Fraktion*
- 9.3. Umbenennung des Bahnhofs Greifswald in 05/884  
„Greifswald Hauptbahnhof“  
*Bündnis 90 / Die Grünen*
- 9.4. Prüfauftrag zur Errichtung eines kommunalen Tierfriedhofes 05/886  
*CDU-Fraktion*
- 9.5. Benennung einer Straße oder eines Platzes 05/892  
nach Ernst Lohmeyer  
*CDU-Fraktion*
- 9.6. Vertrag mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Rückholung der Schulträgerschaft 05/903  
des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums, des  
Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums  
einschließlich des Abendgymnasiums und der  
Integrierten Gesamtschule Erwin Fischer  
*Dezernat III*
10. Information der Verwaltung
- 10.1. Informationen aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport des Landkreises

11. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder
12. Informationen des Ausschussvorsitzenden
13. Schluss der Sitzung

*Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Frau Heinrich eröffnet die Sitzung um 18.07 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Mit 11 anwesenden Ausschussmitgliedern stellt sie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.  
Herr Dr. Flieger als Gastgeber begrüßt alle Anwesenden im Konzilsaal der Universität Greifswald.

---

*Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung*

Die Tagesordnung wird durch die Tischvorlage „Rückholung der Schulträgerschaft“ vor der Diskussion der Beschlussvorlagen ergänzt. Im Anschluss daran soll der Umzug der Kollwitzschule behandelt werden. Bezüglich des Bauzustands der Schulen und des Theaterstrukturmodells wird auf TOP 11 verwiesen.  
Frau Dr. Fassbinder schlägt vor, die BS-Vorlage zum Bahnhof von der TO herunterzunehmen, da diese nicht für den Bildungsausschuss relevant ist.  
Die Tagesordnung wird in modifizierter Form wie folgt:  
**Abstimmungsergebnis:10/1/0**  
angenommen.

---

*Zu TOP: 3. Wahl der/s Ausschussvorsitzenden*

Dr. Kerath stellt – in Vertretung von Herrn Schmidt – Herrn Thomas Behm vor und erläutert, warum man ihn für den Bildungs- und Kulturausschuss sowie als Vorsitzenden vorschlägt. Im Anschluss daran stellt Herr Behm sich kurz vor: Er wurde 1982 in Greifswald geboren und hat am Humboldt-Gymnasium sein Abitur absolviert. Seit 2010 ist er am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.

Herr Multhaus bemerkt, dass er nichts gegen die Person, aber etwas gegen die Position von Herrn Behm als Ausschussvorsitzender hat. Nach seinem Ermessen wird hier mit einem jungen Mann experimentiert, der noch keine weitreichenden Erfahrungen in der Kommunalpolitik hat. Er erachtet Frau Witt als wichtiges Ausschussmitglied, auch weil sie im Kultur- und Bildungsausschuss des Landkreises ist und dort den Vorsitz innehat. Frau Thonack sichert Herrn Behm ihre Unterstützung bei der zukünftigen Arbeit zu, bemerkt

---

aber, dass auch sie traurig sei, dass Frau Witt den Ausschuss verlässt.

**Abstimmungsergebnis: 8/2/1**

Damit ist Herr Behm zum Ausschussvorsitzenden gewählt. Herr Behm bittet Frau Heinrich, für den heutigen restlichen Ausschussablauf die Leitung weiter zu übernehmen.

---

*Zu TOP: 4. Bestätigung des Protokolls vom 29.08.12*

**Abstimmungsergebnis: 8/0/3**

---

*Zu TOP: 5. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

Herr Kleemann berichtet über das Modellregionenprojekt „Kulturelle Bildung“. Die Greifswalder sind seinerzeit angeregt worden, sich in diesem Projekt gleichermaßen als Modellregion zu bewerben. Nach seinem Ermessen hat sich die Arbeit nicht gelohnt. Er erläutert dies und meint, dass aus den benannten Gründen die Arbeit nicht weiter verfolgt werden sollte. Das Netzwerk Bildung indes, in welchem auch die Arndt- & Montessori-Schule etc. involviert sind, existiert aber weiterhin. Nach seinem Ermessen lässt sich auch über dieses Netzwerk Einfluss auf das Projekt „Kulturelle Bildung“ nehmen.

---

*Zu TOP: 6. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates*

Frau Heinrich informiert über die von Herrn Petschaelis weitergeleitete Information bzgl. der Essenversorgung in der Grundschule Greif. (siehe Anlage).

Frau Metz vom Kreiselternrat bittet darum, dass sich der Bildungs- und Kulturausschuss hinsichtlich der Kollwitzschule positionieren sollte. Ferner appelliert sie an die Ausschussmitglieder, dass wenn die Rückholung der Schulen nicht gelingt, die Stadt zukünftig einfach kein Mitspracherecht mehr bei den in Greifswald befindlichen Schulen haben wird.

---

*Zu TOP: 7. Kontrolle der Beschlüsse, Anregungen und Empfehlungen des Ausschusses*

Herr Multhauf fragt nach dem Bebelstein, und nach dem derzeitigen Stand der Umsetzung des Paepke-Gedenksteins sowie der nach Liste bzgl. der zukünftigen Jahrestage. Er betont noch einmal, dass auch Privatpersonen auch Patenschaften für Denkmäler übernehmen dürfen sollten. Frau Hauswald erklärt, dazu im TOP Information der Verwaltung Stellung zu nehmen.

**Zu TOP: 8. 20 Jahre Abendgymnasium Greifswald**

Einführung durch die Schulleiterin Frau Günther. Es gibt 4 Abendgymnasien in Mecklenburg-Vorpommern: in Schwerin, Rostock, Neubrandenburg und Greifswald. Bislang kann das Abendgymnasium 339 Absolventen vorweisen. Das sind 18 Absolventen pro Jahr. Derzeit zählt das Abendgymnasium 70 Studierende. Geplant ist der Aufbau einer Lernplattform, die auch das Lernen und Studieren von Zuhause ermöglicht, so dass man nicht 5 Tage die Woche anwesend sein muss, was sich insbesondere für auswärtige Studenten als günstig erweisen würde. Das Problem allerdings ist, dass das Ministerium angedacht hat, das Abendgymnasium einer Schule anzugliedern. Frau Günther bezieht sich auf die beiden Schreiben, die sie ausgereicht hat: das des Abend-Gymnasiums an das Ministerium und das des Kultusministers an das Abend-Gymnasium. Sie bittet den Bildungs- und Kulturausschuss, sich für den Erhalt der Eigenständigkeit des Abendgymnasiums auszusprechen. Die Schule hat seit Jahren schon keine Sekretärin mehr. Diese Tätigkeiten werden von der Schulleitung übernommen. Sie befürchtet den Verlust einer eigenen Schulkonferenz und auch die Öffentlichkeitsarbeit ist nahezu kaum möglich.

Frau Heinrich erachtet es als wichtig, dass der Bildungs- und Kulturausschuss sich einbringt und positioniert, man muss unterstützend eingreifen.

Herr Burmeister fragt, ob diese Fusionierung für alle Abendgymnasien in Mecklenburg-Vorpommern aussteht. Frau Günther antwortet, dass man so etwas auch in Neubrandenburg vorhat. Nach Ansicht von Herrn Burmeister gibt es einen Schulentwicklungsplan. Die derzeitige Rechtslage gibt so ein Vorhaben gar nicht her. Das Schulamt kann das nicht einfach so veranlassen. Wenn, dann müsste das Gesetz verändert werden.

Herr Multhaus vertritt die Meinung, dass ein Abendgymnasium wichtig ist und unbedingt bestehen bleiben muss. Er bittet darum, Herrn Dr. Albrecht zu befragen, wie er dazu steht. Zur nächsten Sitzung des Bildungs- und Kulturausschusses, schlägt er vor, sollte ein Brief an Minister Brodkorb vorbereitet werden.

Frau Leddin bringt zum Ausdruck, dass die Schulaufsicht durchaus die Sekundarstufe zusammenlegen kann. Sie fragt, ob das Schulamt bereits mit Herrn Dembski Kontakt aufgenommen hat.

Herr Dembski äußert hierzu, dass er bislang nichts davon wusste, er aber einen Brief an den Minister vorbereitet habe. Es gab diesbezüglich auch bereits Gespräche mit dem Oberbürgermeister, Herrn Dembski und Frau Günther. Bislang basiere alles allerdings nur auf Informationen aus der Gerüchteküche.

Frau Kropidlowski betont, dass in dem Schreiben an den Minister die Besonderheit dieser Schule beleuchtet und dargelegt werden sollte. Sie ist ferner der Meinung, dass der Minister offensichtlich der Meinung sei, Gesetze seien dazu da, sie zu verändern.

Frau Leddin äußert, dass man über die Absicht Klarheit haben muss. Frau Heinrich bittet darum, die Ausführungen von Frau Günther noch einmal schriftlich zu erhalten und den Brief an das Ministerium zügig zu schreiben, um dann die Rahmenbedingungen klären zu können.

**Per Beschluss wird Herr Dembski aufgefordert, einen Brief an das Kultusministerium zu schreiben: 11/0/0**

---

*Zu TOP: 9. Zusammenarbeit Universität Ernst-Moritz-Arndt mit der Hansestadt Greifswald*

Herr Flieger nimmt Stellung zu den Entwicklungen in der Loefflerstraße. Er meint, wenn die Umnutzung/Sanierung stattgefunden hat, wird es sicherlich einige Verkehrsprobleme geben. Nach Vorlesungsende ist die Rubenowstraße oft auch eine Gefahrenstelle. Frau Dr. Fassbinder fragt nach dem Verkehrsstrom zwischen Campus Beitz-Platz und Campus Loefflerstraße. Herr Flieger antwortet, dass die Fakultäten ja mehr oder minder auf die Campusse aufgeteilt sind, und deshalb vielleicht auch nicht mehr soviel Verkehr und Fluktuation zwischen dem Beitz-Platz und der Loefflerstraße stattfinden wird.

Herr Messerschmidt berichtet über die Zusammenarbeit der Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit der Universität: Seit dem Universitätsjubiläum im Jahr 2006 hat sich die Zusammenarbeit entwickelt und enorm verstetigt: siehe bspw. die Kinderuniversität (Kinder im Grundschulbereich, Kinder in höheren Klassenstufen) sowie die Familienuniversität.

Mit Bezug auf die Frage nach den Arbeitsgemeinschaften, meint Herr Messerschmidt, dass dies auch eine Frage der finanziellen und personellen Ressourcen sei. Es gebe allerdings einige Wissenschaftler, die sich so etwas durchaus vorstellen könnten. Darüber hinaus fragt er, ob es Partner in der Stadt (Ehrenamtler) gäbe, die die Universität unterstützen würden.

Ferner berichtet er vom Juniorstudium. Hier haben Schüler aus den Hochbegabtenklassen die Möglichkeit, ein Semester lang den Uni-Vorlesungen beizuwohnen.

Zur seitens der Ausschussmitglieder geäußerten Frage hinsichtlich eines Zirkels in der Zoologie – insbesondere hinsichtlich der Verhaltensuntersuchungen an Tieren – antwortet er, dass es kein Forschungsbedarf bei den hiesigen Professoren dazu gäbe. Es sei kein Forschungsschwerpunkt in der hiesigen Zoologie. Aus diesem Grund wird es hier und im Tierpark nicht angeboten.

Herr Multhauf äußert, dass er es besser gefunden hätte, sich in Ruhe mit den Vertretern der Universität zusammenzusetzen (eben auch mit AStA, Stupa und anderen Vertretern), um zu sehen, was bereits läuft und funktioniert und was nicht. Er fragt nach, was eigentlich von dem damals abgeschlossenen Vertrag/ Bürgerschaftsbeschluss (2001)

verwirklicht und erfüllt worden ist. Er ist der Meinung, dass mehr als 80 % nicht verwirklicht worden ist. Er fragt nach konkreten und sichtbaren Beispielen einer Zusammenarbeit. Zum Beispiel, dass Studenten ihre Diplomarbeiten über städtische Themen (Denkmäler und Gebäude) etc. schreiben könnten. Nach seinem Ermessen gibt es eine Menge Reserven.

Herr Flieger meint hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Universität und der UHGW, dass es eine Reihe von Wissenschaftlern gebe, die sich ehrenamtlich engagieren und auch kommunalpolitisch aktiv sind. Es ist natürlich wenig, was in den letzten Jahren an Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadt stattgefunden hat, aber dennoch gibt es einen gewissen Spirit, der nicht zu übersehen ist. Das Potential solle natürlich weiterhin ausgebaut und ausgeschöpft werden.

Herr Multhaus meint, dass es letztendlich an der Stadt läge, dass die Zusammenarbeit nicht so optimal ist, wie man es sich 10 Jahre nach Vertragsabschluss wünschen sollte. Er mache die Vorwürfe bzgl. fehlender Zusammenarbeit weniger der Universität, sondern eher der Stadt.

Herr Dembski äußert hierzu, dass man bei einem Ehevertrag, in dem die Ehe (relativ) harmonisch laufe, doch nicht aufzeigen müsse, was laut Vertrag alles nicht geleistet wird. Die Zusammenarbeit (über Projekte und Beziehungen der Mitarbeiter) laufe gut und es gebe viele Projekte. Man sollte nicht am Vertrag feilen, sondern stattdessen lieber an der aktuellen Zusammenarbeit.

Herr Burmeister bekräftigt die Worte von Herrn Dembski.

Frau Heinrich meint, dass die Zeit den Beschluss mittlerweile überholt habe. Es wäre sinnvoll, dass sich jemand intensiv mit dieser Thematik befasst, um zu schauen, wo man Dinge noch besser machen könne. Man könnte durchaus noch mehr versuchen, die Zusammenarbeit zu suchen. Es gibt Punkte, wo es wichtig wäre zu schauen, in welchen Bereichen man noch nicht erschöpfend zusammenarbeitet. Man sollte jede Chance nutzen.

Herr Flieger hat Zweifel, ob es klug wäre, noch einmal Zeit in einen neuen Vertrag zu investieren. Man sollte abwarten, was die Rektor-Wahl ergebe, so dass man sich dann mit der neuen Leitung auch noch einmal zusammensetzt. In den nächsten 12 Monaten gäbe es – aufgrund der vielen anstehenden Aufgaben – ohnehin keine Zeit für eine Aktualisierung der Kooperationsvereinbarung.

---

*Zu TOP: Diskussion von Beschlussvorlagen*  
*9.1.*

Tischvorlage „Rückholung der Schulträgerschaft“

Herr Dembski bringt die Vorlage ein. Mit dem damaligen Bürgerschaftsbeschluss wurden eigentlich bereits die Eckpunkte beschlossen. Diese sind in dem Vertrag mit eingeflossen. Überraschend

ist, dass der Finanzausschuss plötzlich dagegen votiert hat. Ein außerordentliches Kündigungsrecht – endgültige Rückübertragung – ist ausgeschlossen. Ein detailliertes Verfahren sollte gleich am Anfang geregelt werden. Der Kreis hat das Recht, bei Investitionen mit der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu verhandeln. Darüber hinaus ist der Kreis verpflichtet, die Tilgung der Kosten für die Objekte zu übernehmen. Die Haushaltsplanung ist mit Fristen geregelt. Der Kreis- und Stadthaushalt müssen also klar miteinander abgestimmt werden, da beide Verwaltungen oftmals anders arbeiten. Herr Gutgesell, Herr Wille und Herr Dembski haben den Vertrag einmütig erarbeitet und abgestimmt.

Herr Burmeister äußert, dass er auch erstaunt war, dass der Finanzausschuss gegen die BS-Vorlage votiert hat. Alle Zahlen standen seinerzeit auch im Anhang des damaligen BS-Beschlusses. Es war doch damals allen klar, worüber man abstimmt. Er betont weiter die Wichtigkeit des Vertrages. Die Schulentwicklungsplanung würde dann zukünftig ohne die Universitäts- und Hansestadt Greifswald laufen, wenn der Vertrag nicht zustande käme. Ansonsten würde die Universitäts- und Hansestadt Greifswald nur zu den Grund- und Regionalschulen angehört werden. Es ist peinlich, dass die Fraktionen einen Vertrag und einen Beschluss ablehnen, den sie eigentlich wollten (nämlich, dass die Schulen zurückkommen). Es wirkt so, als ob man sein eigenes Ding nicht ganz ernst nimmt.

Frau Fassbinder meint hierzu, dass im Finanzausschuss der Paragraph 5, Abs. 5 der Auslöser der Diskussionen war, und zwar, dass der Landkreis bis zu 5 Jahren (insbesondere wenn es um Investitionen geht) warten kann. Wichtig ist, dass die Schulleiter die Vorteile dieses Vertrages formulieren.

Herr Dembski äußert, dass der Landkreis zahlen sollte. Die Investitionen und der Haushalt sind mit dem Landkreis abzustimmen. Man muss sich einig sein. Der Landkreis zahlt dann aber auch ein Gebäude vollständig ab. Eine Begrenzung von 5 Jahren sollte vorgegeben werden, damit der Landkreis das nicht ewig rauszögern kann.

Herr Multhauf erachtet die gesamte Diskussion zu dieser Beschlussvorlage als Verrat an den Schulen. Er beantragt Rederecht, dass Frau Witt dazu Stellung nimmt. Die Ausschussmitglieder stimmen mehrheitlich dafür.

Frau Witt äußert, dass auch sie überrascht war, als sie das gehört habe. Herr Gutgesell war ebenso erstaunt, denn der Landkreis hat allen Punkten zugestimmt, die die Universitäts- und Hansestadt Greifswald wollte. Sie kann nur darum bitten, dem Vertrag zuzustimmen.

Herr Trettin bemerkt, dass er es schwierig fände, zukünftig in der Stadt dann keine Gymnasien und keine IGS zu haben, gerade vor dem Hintergrund, dass die Stadt weiterhin verstärkt mit der Universität zusammenarbeiten möchte.

Herr Multhauf richtet seinen Dank an Herrn Dembski hinsichtlich der Vertragsverhandlungen. Frau Fassbinder bemerkt, dass sie es gut fände, wenn Herr Kremer seine Meinung zu der Wahrnehmung im Finanzausschuss sagen könnte, und fragt an, ob im Vertrag alles so enthalten ist, wie man es sich vorgestellt habe?

Herr Kremer bemerkt hierzu, dass jede einzelne Baumaßnahme zukünftig mit dem Landkreis abgeschlossen werden muss. In den Entscheidungen ist man nicht frei. Die Frage ist, ob es am Ende so praktikabel ist, wie man es sich vorstellt. Es ist nicht mehr klar, welche Entscheidungen man treffen kann, ohne den Landkreis zu fragen.

Herr Dembski bemerkt, dass es nicht ginge, dass der Landkreis alles bezahle und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald dann alles bestimme.

### **Abstimmungsergebnis: 11/0/0**

Der Sachstand zur Sanierung und dem Umzug der Kollwitzschule wird erörtert. Als problematisch erweist sich nun, dass der Vertrag mit dem Sanierungsträger gekündigt wurde. Herr Rabenseifner stellt die Entwurfsplanung des Konzepts 4, welches seinerzeit durch die Bürgerschaft beschlossen wurde, vor. Ursprünglich waren 8,4 Mio. € vorgesehen. Er erklärt die Kosten und warum es zu einer Kostensteigerung gekommen ist. Die Kosten für den Schulhof waren nie in der Entwurfsplanung enthalten, auch nicht die Ausstattungskosten (510 T€). In der jetzigen Entwurfsphase wurde eine neue Kostenaufstellung vorgenommen, was heißt, dass die Mehrleistungen nun mit enthalten sind. Man plant des Weiteren Schallschutzfenster, da sich die Schule an einer vielbefahrenen Straße befindet. Ebenso ist eine Lüftungsanlage (150 T€) berücksichtigt worden. Die Umverlegung der Fernwärmeleitung ist ebenso zu Buche geschlagen. Damals ist man davon ausgegangen, dass sich diese im Haus befindet und so mussten noch einmal 95 T€ für die öffentliche Umverlegung durch die Stadtwerke entrichtet werden. Die Kosten für die geplante Photovoltaik-Anlage, welche zur Verbesserung der Öko-Bilanz beitragen soll, belaufen sich bei 40 T€.

Noch nicht enthalten sind die Kosten für Außenanlagen und den Schulhof. Des Weiteren wäre noch ein zusätzlicher ruhender Verkehrsstreifen in der Loefflerstr. (50 T€) zu errichten.

Die Stadt hatte sich dafür entschieden, eine Zertifizierung bei der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen zu erlangen. Eine Goldzertifizierung würde sie für Holzbauwerke erhalten. Für eine Silberzertifizierung wären allerdings 110 T€ zu investieren. Über die entsprechenden Bauleistungen, die damit vorgenommen werden würden, ließen sich beispielsweise in 10 Jahren 60 T€ Energiekosten einsparen.

Derzeit würden sich die Gesamtkosten für die Kollwitzschule auf 10 Mio. € belaufen.

Zum Umzug der Kollwitzschule bemerkt Herr Kremer, dass sich eine Projektgruppe, in welcher u. a. Frau Reiche und Herrn Petschaelis Mitglied sind, damit beschäftigt. Herr Petschaelis hatte alle seinerzeit unterbreiteten Alternativ-Angebote verworfen, außer das der Montessori-Schule. Bezüglich der Auffassungen hinsichtlich der Mietkosten liegen beide Verhandlungspartner etwas auseinander. Die Mietberechnung liegt bei insgesamt 84 T€. 8,11€/m<sup>2</sup> erwartet der Verhandlungspartner, die Montessori-Schule. Es gilt nun zu klären, ob und inwieweit diese angemessen sind. Am 22.10.2012 wird es dazu noch einmal ein Gespräch im Immobilienverwaltungsamt geben. Dabei soll gleichermaßen die Problematik der Hortunterbringung geklärt werden. Bezüglich der Außenanlagen ist Herr Kremer davon ausgegangen, dass man fertige Außenanlagen gestellt bekommt. Das ist aber wohl nicht der Fall, denn die UHGW hat nun dafür auch Sorge zu tragen.

Eine Containerlösung wäre teurer. Herr Kremer geht jedoch davon aus, dass die Probleme zu klären sind. Die Baumaßnahmen für die Kollwitzschule sollten dann im Sommer des nächsten Jahres beginnen.

Herr Dembski bemerkt, dass für den Fall der Zeitverzögerung ein Plan B entwickelt werden muss. Hierzu bemerkt Frau Heinrich, dass es in Neuenkirchen auch eine Schule gibt, die gegenwärtig saniert wird.

Herr Multhauf bemerkt noch einmal hinsichtlich des Planungsentwurfes für die Kollwitzschule, dass er davon ausgegangen ist, dass das Architektenteam um Herrn Rabenseifner an alles gedacht habe, denn er habe ja bereits mehrere Schulen gebaut. Er bittet darum, die Zahlen an das Protokoll zu hängen. Herr Rabenseifner bemerkt hierzu, dass die Zahlen ehrliche Zahlen seien und sich auf Referenzbauten bezögen.

#### 21.20 Uhr

Frau Duschek geht. Somit sind nur noch 10 Mitglieder anwesend

Frau Heinrich fragt, wann Herr Kremer mit diesen Infos in die Bürgerschaftssitzung geht? Herr Kremer antwortet, dass das nicht vorgesehen sei, denn der Oberbürgermeister habe den Zahlen wie auch dem Erwerb des Silberzertifikats zugestimmt.

Herr Burmeister fragt sich, ob bei den Mehrkosten alle zusätzlichen Leistungen tatsächlich getätigt werden müssen, wie beispielsweise die Photovoltaik-Anlage. Bis sich die Anlage auszahlt, muss bereits wieder eine neue gekauft werden.

Herr Multhauf fragt, wer eigentlich für die Überwachung der Kosten (laut DA 10 – 32) verantwortlich ist? Herr Kremer antwortet, dass es der Oberbürgermeister sei.

Herr Behm bringt die Beschlussvorlage ein. Frau Leddin fragt an, wie hoch die Beihilfe war? Es handelt sich um 150 €.

Herr Dr. Flieger meint hierzu, dass für jeden weiteren Studenten ab 50% der Studierendenschaft, der seinen Erstwohnsitz in Greifswald hat und nicht aus M-V kommt, 1.000 € im Jahr an die Universität gezahlt werden. Er erachtet es als große Möglichkeit, zusätzliches Geld vom Land zu bekommen. Unter bestmöglichen Bedingungen wären das 400 T€ für die Universität. Herr Hausschild befürwortet das. Ein im Ausschuss anwesendes Redaktionsmitglied des Webmoritz wird gefragt, wie die Reaktion zu dieser BS-Vorlage im Finanzausschuss war. Es wird mitgeteilt, dass man dort dafür plädiert habe, den ersten Satz aus der BS-Vorlage zu streichen.

Herr Behm stimmt dem Vorschlag zu, die Vorlage als Prüfauftrag zu behandeln.

### **Abstimmungsergebnis: 10/0/0**

---

*Zu TOP: Umbenennung des Bahnhofs Greifswald in „Greifswald Hauptbahnhof“*  
9.3.

Wurde von der Tagesordnung genommen.

---

*Zu TOP: Prüfauftrag zur Errichtung eines kommunalen Tierfriedhofes*  
9.4.

Frau Thonack bringt die Beschlussvorlage ein. Der neue Friedhof, welcher auch bereits 150 Jahre alt ist, wurde mittlerweile 5-mal erweitert. Einige Flächen sind hergerichtet und werden derzeit fremd genutzt. Angedacht wäre die Errichtung eines Tierfriedhofs am Ende des Friedhofs – nach Wackerow hin. Herr Burmeister meint, auch wenn es nur ein Prüfauftrag ist, müsste bei positiven Prüfergebnissen auch die Gebührensatzung des Friedhofs überarbeitet werden. Frau Thonack erklärt, dass die Anregungen zu einem Tierfriedhof insbesondere aus den Neubaugebieten kamen. Frau Buchheim, die Leiterin des Neuen Friedhofs, ist bereits befragt worden und habe nichts dagegen. Es muss jedoch geklärt werden, wer den Tierfriedhof dann bewirtschaften würde.

### **Abstimmungsergebnis: 7/2/1**

---

*Zu TOP: Benennung einer Straße oder eines Platzes nach Ernst Lohmeyer*  
9.5.

Frau Thonack bringt die BS-Vorlage ein. Frau Hauswald meint hierzu, dass sich diesbezüglich bereits die Straßennamenkommission beraten habe und den Vorschlag begrüßt. Als Ort für eine Benennung schlage man den Platz auf dem Gelände des alten Klinikums, an der Loefflerstraße gegenüber der Ausfahrt der Tiefgarage Dompassage, vor. Der neue Campus wäre – nach Ermessen der Straßennamenkommission – ein guter Ort. Herr Dr. Flieger dankt für die Anregung und meint, dies uniintern klären zu wollen.

Herr Multhauf bemerkt, dass es in Greifswald ein Lohmeyer-Haus gebe, und dass man zukünftig gründlicher bei der Bearbeitung einer solchen BS-Vorlage sein sollte.

**Abstimmungsergebnis: 10/0/0**

---

*Zu TOP: 9.6. Vertrag mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Rückholung der Schulträgerschaft des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums, des Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums einschließlich des Abendgymnasiums und der Integrierten Gesamtschule Erwin Fischer*

Abhandlung – wie in der Bestätigung der Tagesordnung festgehalten – unter TOP 9.1.

---

*Zu TOP: 10. Information der Verwaltung*

Frau Hauswald informiert zum derzeitigen Stand der Umsetzung des Paepke-Steins und verliest eine Information aus dem Bauamt. Das Schreiben des Kulturamtes mit der Bitte um Berücksichtigung der Umsetzung des Paepke-Gedenksteins im Rahmen der Baumaßnahmen am Busbahnhof ist Bestandteil der geplanten Maßnahmen. Die Durchführung der Maßnahme war bisher für das Jahr 2014 geplant. Ob hier mit Verzögerungen zu rechnen ist, ist derzeit nicht abschätzbar.

Des weiteren informiert Frau Hauswald, wie es seinerzeit dazu kam, dass der Paepke-Gedenkstein auf das Gelände des Konsistoriums gelangte.

In Sache Ehrung Johann Carl Gottfried Paepkes im Jahre 2013 anlässlich des 150. Jahrestages des Streckenanschlusses Greifswalds an Berlin, berichtet Frau Hauswald, dass gemeinsam mit dem Stadtarchiv und Herrn Grusenick Gespräche diesbezüglich geführt werden.

Hinsichtlich der von Herrn Multhauf angefragten Liste bzgl. der Greifswalder Jahrestage für die Jahre 2013-2015 hat das Stadtarchiv eine Liste erarbeitet, die nahezu fertig ist und beim nächsten Bildungs- und Kulturausschuss ausgereicht werden kann.

In Bezug auf die Wand hinter dem Bebelstein informiert Frau Hauswald über die Gespräche, welche das Kulturamt mit der WVG, Herrn Patrunky sowie dem Tief- und Grünflächenamt geführt hat.

Ferner berichtet sie über die Gedanken des Kulturamtes hinsichtlich einer Nutzung der Klosterscheune und die Gespräche, die gemeinsam mit der unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Kultur und Denkmalpflege diesbezüglich geführt wurden.

Weiterhin informiert Frau Hauswald zu einer neuen Auflage der Vortragsreihe „Universität im Rathaus“, zu dem Festival Tanztendenzen, welches im Theater und im St. Spiritus stattfindet, sowie zu der deutsch-polnischen Tagung, die das Stadtarchiv Greifswald gemeinsam mit dem Staatsarchiv Szczecin im November dieses Jahres im Pommerschen Landesmuseum ausrichtet und zu der vor allem auch Lehrer und

---

Schüler eingeladen sind.

---

**Zu TOP:**     *Informationen aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport des  
10.1.           Landkreises*

Frau Witt informiert, dass am nächsten Donnerstag eine Sondersitzung des Bildungs- und Kulturausschusses des Landkreises stattfinden wird. Das letzte Mal hatte der Ausschuss die Schule in Behrenhoff besucht. Frau Witt meint, dass es den Greifswalder Schulen im Vergleich – und das soll nicht negativ bzgl. Behrenhoffs gemeint sein – total gut ginge. Herr Burmeister meint, dass man diesen TOP in den zukünftigen Ausschusssitzungen vorziehen sollte, und zwar als TOP der nach den „Anregungen des Stadtelternrates“ abgehandelt wird, damit Frau Witt nicht immer so lange warten müsse. Die Ausschussmitglieder stimmen darüber ab.

**Abstimmungsergebnis: 10/0/0**

Des Weiteren wird darüber abgestimmt, dass Frau Witt als ständiger Gast ein ständiges Rederecht erhält:

**Abstimmungsergebnis: 10/0/0**

---

**Zu TOP:**     *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder  
11.*

Mit Bezug auf den Bauzustand der Schulen äußert Frau Leddin, dass man vielseitiger denken müsse, wenn es um den Bauzustand und die Sanierung von Schulen geht. Man sollte auch im Ausschuss mutig über Varianten nachdenken und Überlegungen einbringen, die gleichermaßen pädagogisch vorteilhaft sind.

Herr Multhaus schlägt noch einmal vor, die nächste Ausschusssitzung in der Erwin-Fischer-Schule durchzuführen, denn auch hier muss mittelfristig etwas geschehen.

Frau Thonack fragt hinsichtlich der Sanierung des Schulhofs der Arndt-Schule wer sich eigentlich für die neuen Fahrradständer ausgesprochen habe. Diese seien sehr kantig und scharf und stellen für die Schüler eine Gefahrenquelle dar.

Bezüglich des seitens des Kultusministeriums vorgeschlagenen Theaterstrukturmodells wird Folgendes bekannt gegeben: Am 18.10.2012, von 10-12.00 Uhr, wird mit den Vertretern des Kultusministeriums eine Sitzung im Bürgerschaftssaal stattfinden. Es wird vereinbart, den 18. Oktober abzuwarten, auch um zu erfahren, wie sich die Hansestadt Stralsund dazu entschieden hat, und um dann zu eruieren, wie man dann reagieren sollte. Frau Fassbinder fragt an, ob diese Sitzung öffentlich ist oder ob sie nur für die Mitglieder der Bürgerschaft und sachkundige Bürger ist.

Für eine gemeinsame Sitzung mit dem Kulturausschuss der Hansestadt Stralsund wurde von Seiten Stralsunds der 23. oder 24. Oktober in Stralsund vorgeschlagen. Herr Behm wird mit den Stralsundern in Kontakt bleiben und die Ausschussmitglieder über einen Termin für ein gemeinsames Treffen informieren.

---

*Zu TOP:*      *Informationen des Ausschussvorsitzenden*  
12.                      keine

---

*Zu TOP:*      *Schluss der Sitzung*  
13.                      Frau Heinrich bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 22.26 Uhr.

---

Marion Heinrich  
Stellv. Ausschussvorsitzende

Thomas Behm  
Ausschussvorsitzender

Anett Hauswald  
für das Protokoll